



Aktuell - Donnerstag 22 April 2010 - Erweiterung

Unterstützung für Islands EU-Beitritt

Premiere im Bundestag: Grünes Licht für neue Beitrittsverhandlungen

Der Bundestag hat heute erstmals eine für die Regierung bindende Empfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen abgegeben. Grundsätzlich unterstützen alle Fraktion den EU-Beitritt Islands. Probleme sehen die Abgeordneten weiter in der Landwirtschafts- und Fischereipolitik und bei den unregulierten Icesave-Schulden.

Die deutschen Abgeordneten haben sich heute mit großer Mehrheit für eine Aufnahme Islands in die EU ausgesprochen. "Der Deutsche Bundestag unterstützt das Ziel einer Vollmitgliedschaft Islands in der Europäischen Union", heißt es etwa im gemeinsamen Entschließungsantrag der Regierungsfractionen von Union und FDP. Auch wenn sich SPD und Grüne bei der Abstimmung über den Antrag von CDU/CSU und FDP enthalten haben und die Linke diesen Antrag abgelehnt hat, so unterstützen auch die Abgeordneten dieser Fraktionen prinzipiell eine Aufnahme.

Die Bundesregierung hat damit freie Hand, beim nächsten Europäischen Rat im Juni formell zuzustimmen, die Beitrittsverhandlungen mit Island aufzunehmen.

Der Lissabon-Vertrag, der seit Dezember 2009 in Kraft ist, gibt dem Bundestag neue Mitspracherechte bei Angelegenheiten der Europäischen Union. So erhält der Bundestag erstmals das Recht, sich bereits vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu positionieren. Bisher wurde der Bundestag nicht in Beitrittsverhandlungen einbezogen. Die deutschen Abgeordneten hatten bisher lediglich das Recht, am Ende der Verhandlungen über einen EU-Beitritt abzustimmen.

EU-Kommission begrüßt Entschließung

Die EU-Kommission begrüßt das Votum des Bundestages. "Es ist ein positiver Schritt, denn es erlaubt den Mitgliedsstaaten eine Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu treffen", sagte heute die Sprecherin von Erweiterungskommissar **Stefan Füle**. Deutschland ist das einzige Land, in dem die nationale Regierung vor ihrer Zustimmung zu Beitrittsverhandlungen im Europäischen Rat das Einvernehmen mit dem Parlament herstellen muss.

Bei der heutigen Aussprache des Bundestages plädierten alle Fraktionen für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Zugleich warnten die Abgeordneten vor den noch ausstehenden Problemen und vor allem davor, die Fehler der "großen Erweiterungswellen der Vergangenheit" zu wiederholen.